

Zwangsheirat unter der Lupe

Studie zur Situation in der Stadt Zürich

Vor allem Migrantinnen der zweiten Generation sind in Zürich vom Problem der Zwangsheirat betroffen. Dies zeigt eine Studie der Universität Neuenburg.

tri. · Das Phänomen der Zwangsheirat ist immer wieder ein Thema, doch liegen kaum gesicherte Erkenntnisse dazu vor. Die Stadt Zürich gab deshalb Anfang 2009 eine Studie in Auftrag. Am Donnerstag haben die Autorinnen Janine Dahinden und Yvonne Riaño von der Universität Neuenburg ihre Ergebnisse präsentiert. Die Wissenschaftlerinnen haben für die erste Schweizer Studie zum Thema 35 Interviews mit Fachpersonen von Stadtzürcher Beratungsstellen durchgeführt und ausgewertet.

Schwierigkeiten macht gemäss den Autorinnen schon der Begriff «Zwangsheirat», denn er umfasst zwei Phänomene: Bei einer Zwangsverheiratung werden Personen unter Druck gesetzt, eine Ehe einzugehen, die sie nicht wollen. Eine Zwangsehe hingegen ist eine Ehe, die gegen den Willen einer Person aufrechterhalten wird, auch wenn sie freiwillig eingegangen worden ist. Zwar lassen sich die Fälle von Zwangsheirat nicht statistisch exakt erheben, dennoch zeigt die Studie klare Tendenzen. Pro Fachperson wird von 1 bis 10 Fällen jährlich ausgegangen, wobei die Zahl der jungen ratsuchenden Menschen zunimmt. Betroffen sind vor allem Migranten der zweiten Generation, die in der Schweiz sozialisiert worden sind, deren Eltern aber bezüglich Familienvorstellung stark von ihrem Herkunftsland geprägt sind. Das Phänomen betrifft Frauen wie Männer, doch können sich Letztere besser dagegen wehren. Betroffenen bleibt aber oft nur die Wahl zwischen dem Bruch mit der Familie oder dem Eingehen der Ehe.

Laut Dahinden und Riaño findet man Zwangsheiraten nicht nur bei Muslimen, wie häufig angenommen wird, sondern auch bei hinduistischen Tamilen, katholischen Kosovarinnen oder orthodoxen Juden. Wie ein Blick in die Historie zeigt, waren unfreiwillig eingegangene Ehen auch in der Schweiz, etwa in gutbürgerlichen Kreisen, bis ins 20. Jahrhundert nichts Ungewöhnliches. Gemäss der Studie hat Zwangsheirat denn auch hauptsächlich mit patriarchalen Traditionen zu tun und ist insofern ein Thema der Gleichstellungspolitik.

Eine verstärkte Sanktionierung von Zwangsheiraten auf strafrechtlicher Ebene, wie es zurzeit auf Bundesebene diskutiert wird, finden die Autorinnen der Studie wenig sinnvoll. Dass betroffene Jugendliche ihre Eltern anzeigen, sei unrealistisch. Vielmehr müsse in die Konfliktprävention investiert werden. Auch Stadtpräsidentin Corine Mauch ist der Meinung, dass die Verhinderung von Zwangsheiraten in erster Linie über eine kompetente Beratung erreicht werden könne, die Betroffenen Auswege aus ihrer Situation aufzeige. Aufgrund der Erkenntnisse der Studie werden laut Mauch noch dieses Jahr Fachleute aus dem

sozialen und pädagogischen Bereich geschult. In Schulen und an Integrationskursen soll das Thema künftig ebenfalls behandelt werden.